

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, meine Damen und Herren!

Auf den ersten Blick scheint dieser Haushaltsentwurf alle Erwartungen zu erfüllen: Zwei Millionen Euro Überschuss, wichtige Projekte auf den Weg gebracht, Investitionen für die Zukunft bereitgestellt. So stellt sich eine Regierungspartei ihren Haushalt im Wahljahr gern vor.

Auf der anderen Seite muss man auch sehen, wie der Überschuss dieses Jahres zustande kommt. Fast vier Millionen entstehen durch den Gewinn aus Grundstücksverkäufen, eine Summe, die nicht jedes Jahr erzielt werden kann. Deshalb scheut sich der Kämmerer auch, von einem ausgeglichenen Haushalt zu reden. Seit Jahrzehnten hängen wir in Lüdinghausen an diesem Tropf, und jeder mag sich bange die Frage stellen, was denn kommt, wenn diese Möglichkeit der Haushaltsfinanzierung vorbei ist. Denn eines ist klar: Grund und Boden sind nicht vermehrbar, was wir im Moment machen, bedeutet eine Umschichtung von Acker- zu Bauland, wir zersiedeln unsere Landschaft, zerstören die Natur und nehmen den Bauern ihre Arbeitsgrundlage. Das mag für den einen oder anderen Bauern sogar profitabel sein, insgesamt aber zerstören wir unsere Lebensgrundlage. Deshalb lehnen wir auch die Bereitstellung von 4 Millionen Euro für einen Grundstückskauf in 2015 ab.

Nun wird uns entgegengehalten, dass der Bedarf nach Einfamilienhausgrundstücken doch vorhanden sei und die Stadt nur auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagiere. Und außerdem sei die nötige Infrastruktur doch vorhanden, sie gelte es auszunutzen. Wir würden uns selbst aber in die Tasche lügen, wenn wir diesen Argumenten nachgäben. Denn mit jeder Baugebietsausweisung muss neue Infrastruktur in Form von Kanalisation und Straßen geschaffen werden, ein

Bezug zur ansonsten vorhandenen Struktur ist nicht immer so einfach gegeben. Wir entfernen uns mit den Neubaugebieten immer weiter vom Stadtzentrum, immer weitere Wege müssen zurückgelegt werden, um die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Und zu berücksichtigen ist dabei auch, dass alle jetzt neu in die Stadt gelockten Menschen auch älter werden. Irgendwann einmal geht die Fähigkeit verloren, mit dem Fahrrad oder dem Auto zum Einkaufen zu fahren, und dann sind weit entfernt liegende Einkaufszentren nur noch mit großer Mühe zu erreichen.

Unser Bürgermeister glaubt, mit der exzessiven Baugebietsausweisung der demografischen Entwicklung ein Schnippchen schlagen zu können. Andere Kommunen sehen etwas weiter in die Zukunft und berücksichtigen die Demografie in ihren stadtplanerischen Überlegungen. Wir Grünen halten es für sinnvoll, dass auch Lüdinghausen sich bewusst diesem Prozess stellt.

Im Übrigen stimmt es auch nicht unbedingt, dass wir eine intakte Infrastruktur haben; das haben wir alle gerade in der letzten Woche noch am Problem des Kindergartenausbaus gemerkt. Sicher sind die Probleme auch darin begründet, dass der U3-Ausbau den Anforderungen des Ü3-Betriebes in die Quere kommt; zusätzliche Dynamik in dieser Entwicklung bringen aber die jungen Familien, die jetzt hierher ziehen und ihre Kinder ortsnah betreut wissen wollen; da fehlen auf einmal Plätze sowohl für U3 als auch für Ü3. Wir haben gemerkt, dass es nicht reicht, Grundstücke in neuen Baugebieten für Kindergärten zu reservieren: es müssen auch die Gebäude dafür rechtzeitig errichtet werden und das Personal muss vorhanden sein. Beides kostet natürlich Geld, das wir aus den Grundstücksverkäufen erzielt haben und das die Mehrheitsfraktionen liebend gern für Prestigeobjekte

ausgeben würden – wir müssen aber alles tun, damit wir unsere kleinen Mitbewohner angemessen versorgen können.

Machen wir weiter in der Infrastruktur: Vor mehr als 6 Jahren wurde auf unsere Initiative ein Sporthallenkonzept entwickelt, das den dringenden Bedarf an unseren Schulen stillen sollte. Natürlich spielt auch eine Leistungssporthalle in diesem Konzept eine Rolle. Was wir aber nicht wollten, ist das, was wir jetzt erleben: Mit dem Warten auf die Genehmigung für die Leistungssporthalle ist jegliche Aktivität für die anderen Baustellen eingestellt worden. Dabei ist ganz unabhängig von einer möglichen Leistungssporthalle am Schulzentrum Tüllinghofer Straße der Bedarf für eine Zweifachturnhalle gegeben, und zwar für Grund- und weiterführende Schule. Und eine Stärkung des Vorsatzes, Haupt- und Realschule durch eine Sekundarschule zu ersetzen, schreit geradezu nach einem Turnhallenneubau an Stelle der längst abrisssreifen Alten Turnhalle, die zudem auch noch ein Energieverschwender erster Güte ist.

Zusätzlich haben wir den Sanierungsfall Hallenbad, der mit „Pfusch am Bau“ noch harmlos umschrieben ist. Wie viel die Sanierung kosten wird und wer das dann alles bezahlt, ist noch nicht klar. Wir Grünen stehen zu dem Hallenbad, weil wir Schul- und Breitensport für unverzichtbar halten. Klar ist aber, dass wir eine siebenstellige Summe veranschlagen müssen, die in einem der nächsten Haushalte bereitzustellen ist.

Bürgermeister und Ratsmehrheit fällt es aber lieber ein, in Verkehr zu investieren, und zwar, obwohl die geplanten Maßnahmen überflüssig sind. Der Kreisverkehr an der Olfener Straße wird selbst von Anliegern für überflüssig gehalten. Der Radweg an der Ostenstever wird auch nicht dadurch sinnvoller, dass er mit der Regionale 2016 begründet wird. Und die Ortsumgehungen werden selbst vom

Landesverkehrsminister für überflüssig gehalten, hoffentlich setzt sich diese Einsicht auch beim Bund durch. Die K8n halten wir in keiner Variante für notwendig, das dafür zu veranschlagende Geld ist für vorhin schon erwähnte Investitionen bereitzustellen.

Mit der Regionale 2016 haben wir uns auf ein ambitioniertes Projekt eingelassen, das bei einer Verwirklichung großen Einfluss auf das Stadtbild haben wird. Wie teuer das Hauptprojekt (Umgestaltung des Raums zwischen Burg Lüdinghausen und Burg Vischering) werden wird, lässt sich noch nicht genau abschätzen. Natürlich werden wir Landeszuschüsse erwarten können, aber ein nicht unerheblicher Prozentsatz wird auf uns hängenbleiben. Auch das werden wir in den nächsten Jahren zu finanzieren haben. Bei den Auswirkungen des Projektes auf die Innenstadt spielt der Marktplatz jetzt eine entscheidende Rolle. Dass das Pflaster renoviert werden muss, ist auch uns klar, aber ob eine Umgestaltung mehr als eine halbe Million Euro kosten muss, erschließt sich uns im Moment noch nicht. Wir müssen aufpassen, dass wir vor lauter Begeisterung für die Regionale nicht über das Ziel hinausschießen – ich erinnere in dem Zusammenhang noch einmal an den überflüssigen Radweg an der Ostenstever.

Seit Jahren kämpfen wir darum, die Energienetze in eigene Regie zu übernehmen. Noch sind wir nicht am Ende dieser Bemühungen. Wir hoffen, dass die uns gegebenen Einschätzungen richtig sind, dass wir letztlich auch mit finanziellem Gewinn unser Stromnetz betreiben können. Allerdings wäre es sinnvoll, schnell die letzten Verträge abschließen zu können, da wir den Kaufpreis fremdfinanzieren müssen und im Moment die Finanzierungskosten noch günstig sind. Auch müsste es für die Stadt möglich sein, sich über die neuen Stadtwerke an neuen Energieanlagen wie z.B. Windkraft zu beteiligen, um

mit selbst erzeugter Energie auch Gewinne zu erzielen, Gewinne, die helfen können, den städtischen Haushalt zu finanzieren.

Von der Energie zum Klima – eigentlich ein schlüssiger Zusammenhang. Wir hatten gedacht, dass auch die Mehrheitsparteien ein positives Zeichen setzen wollten, als sie selbst 2010 den Antrag zur Zertifizierung Lüdinghausens als klimafreundliche Kommune einbrachten. Aber vor der dafür notwendigen Stellenausweisung schreckt die Mehrheit bis heute zurück; der Eindruck drängt sich auf, dass der Klimaantrag nur gestellt wurde, um Aktivitäten in dieser Richtung zu verhindern. Ähnliches könnte man sich denken bei dem Umgang von CDU und FDP mit dem eigenen Antrag, Lüdinghausen für die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte fit zu bekommen. Auch hier tut man sich mit der nötigen Umsetzung sehr schwer.

Der Sperrvermerk, den CDU und FDP auf die Stellenausweitung gelegt haben, soll wohl suggerieren, dass man haushälterisch sparsam mit dem Geld der Bürger umzugehen gedenke. Wenn man sich die überflüssigen Investitionen im Verkehrsbereich anschaut, verfliegt dieser Eindruck aber sofort wieder. Wenn zur Durchsetzung für richtig erkannter Ziele Personal eingesetzt werden muss, dann muss dieses Personal auch eingestellt werden. Im übrigen sind die neu auszuschreibenden Stellen im wesentlichen zeitlich limitiert, es fallen nicht dauerhaft Kosten an. Vielmehr ist unsere Erwartung an das neue Personal, mit seinem Tun sogar dafür zu sorgen, dass an anderer Stelle gespart werden kann.

Ich habe vorhin schon die Sekundarschule erwähnt, deren Gründung durch den unter dem Tagesordnungspunkt 2 gefassten Beschluss jetzt in die Wege geleitet werden soll. Wir hätten uns einen anderen Weg gewünscht, der auch

möglich gewesen wäre, wenn wir uns frühzeitig gemeinsam auf den Weg gemacht hätten. Da das aber leider nicht der Fall war, sind wir heute in unseren schulpolitischen Möglichkeiten äußerst beschränkt und in der Entwicklung durch Umlandgemeinden fremdgesteuert. Das war nicht der optimale Weg, wir können nur hoffen, dass sich irgendwann einmal diese Entwicklung korrigieren lässt. Deshalb wird es wichtig sein, die künftige Schulentwicklung genau zu beobachten und die eigenen Möglichkeiten entschlossen zu nutzen, wenn sie sich anbieten.

Insgesamt zeigt der Haushaltsentwurf denselben unausgeglichene Charakter wie die Politik der bisherigen Mehrheitsfraktionen: auf der einen Seite hektische Betriebsamkeit, auf der anderen Seite unverständliches Zögern. Manch richtige Ansätze, Lüdinghausen zukunftsfähig zu machen, werden leichtfertig verspielt durch Untätigkeit. Auf der anderen Seite wird die Zukunft der Stadt verbaut, das Geld für Überflüssiges ausgegeben, sodass wir befürchten müssen, dass künftige Politikergenerationen keinen Handlungsspielraum mehr haben, weil die Reserven zu früh verpulvert werden.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen lehnt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 ab.